

16. Landtag von Baden-Württemberg, 93. Sitzung

Mittwoch , 5. Juni 2019, 09:00 Uhr

Rede

Mitglied Arbeitskreis Kultus, Jugend und Sport

Raimund Haser MdL

Zum

Gesetzentwurf über die Berufliche Realschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg)

Es gilt das gesprochene Wort.

Raimund Haser MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum zweiten Mal reden wir heute über den Gesetzentwurf der FDP/DVP, der es Schülerinnen und Schülern der Haupt- und Werkrealschulen ermöglichen will, zeitweise in Berufsschulen unterrichtet zu werden. Abgesehen davon, dass wir, wie es Kollegin Boser schon ausgeführt hat, die praktische Umsetzung infrage stellen – wie sollen z. B. 13-Jährige nur für einen kurzen Zeitraum statt in der Stadt A in die Werkrealschule in die Stadt B in die Berufsschule gehen? –, liegt der inhaltliche Ansatz des Gesetzentwurfs knapp daneben.

Das Gute an diesem Gesetzentwurf ist aber, dass er uns die Möglichkeit gibt, eine wichtige und sehr einfache Botschaft zu senden: Die Haupt- und Werkrealschulen sind quicklebendig. Sie sind ein wichtiger Baustein unserer Bildungsarchitektur, und wir werden weiter daran arbeiten, dass es auch so bleibt.

Der Ansatz Ihres Vorstoßes ist richtig, die Lösung aber ist falsch. Denn die Übergänge in Beruf und Ausbildung aus den Haupt- und Werkrealschulen heraus scheitern ja nicht an fehlender Orientierung, sondern sie scheitern an Rechnen, an Lesen, am Pünktlich-zur-Arbeit-Kommen und an dem, was man gemeinhin Sozialverhalten nennt.

Dass Sie sich ausgerechnet da die Haupt- und Werkrealschulen ausgesucht haben, um über berufliche Orientierung zu reden, das wundert mich. Genau dort gibt es ja Werkstätten in den Schulen, handwerklichen Unterricht. Da wird Alltagskompetenz zwar nicht als Fach, aber fächerübergreifend thematisiert.

Und wer hat denn bei Ihnen im Wahlkreis Kooperationen mit der Wirtschaft? Das sind doch die Haupt- und Werkrealschulen. Das sind in der Regel eben nicht die Gymnasien. Jeder aus diesen Schulen, der geradeaus laufen kann, wird von den Betrieben mit Handkuss genommen, und er wird weiter gefördert. Die Betriebe leisten durch ihre duale Ausbildung wertvolle Arbeit – nicht nur für sich, sondern auch für die ihnen anvertrauten jungen Menschen. Aus denen wird dann ja auch etwas.

Ich war in der letzten Woche bei einem Mittelständler, der unersetzbare Teile für die weltweite Chipproduktion herstellt. Auf die Frage, was er denn studiert habe, sagte er mir: „Ich bin Kfz-Mechaniker.“ Er hat alles, was ein Unternehmer braucht: Er weiß, wie man Probleme löst, er weiß, dass Umsatz nicht gleich Gewinn ist, und er kann gut mit Menschen umgehen. Das genügt, um weltweit erfolgreich zu sein. Solche Fertigkeiten lernt man auf jeder Schule, wenn man mit Menschen zu tun hat, die an einen glauben.

Umgekehrt wie von der FDP/DVP vorgeschlagen wird doch ein Schuh aus der Sache. Teuer für den Staat und bitter für einen jungen Menschen ist nicht, wenn er als 13-Jähriger nicht weiß, ob er Zimmermann, Schreiner oder Metzger werden soll. Teuer ist es vielmehr, wenn er als 15-Jähriger immer noch keinen Brief schreiben und immer noch keine Mehrwertsteuer ausrechnen kann.

Teuer ist es auch, wenn junge Menschen erst Abitur machen, dann überlegen, was sie damit anfangen sollen, danach erst einmal in Australien über ihre Zukunft nachdenken, anschließend irgendetwas aus dem Bauchladen von 13 000 Studiengängen in Deutschland herausziehen und schließlich nach drei Jahren Studium merken, dass sie eigentlich schon immer Altenpfleger werden wollten.

Über das Thema Berufsorientierung werden wir in diesem Hause noch oft sprechen. Sie wissen selbst, dass wir diesbezüglich große Schritte getan haben, an allen Schularten. Aber Ihr Gesetzentwurf wird dazu keinen Beitrag leisten. Deswegen lehnen wir ihn ab.

Vielen Dank.